



Herr und Frau Schweizer suchen geregelte Beziehungen zur EU

Standort Schweiz 2020 – Europafragen

Im Auftrag der Interpharma

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Alexander Frind: Projektleiter

Edward Weber: Projektleiter

José Kress: Datenanalytiker

Bern, 11. Juni 2020

1 Coronakrise verstärkt Ambivalenz, Vorteilssicht auf Bilaterale bleibt zentral

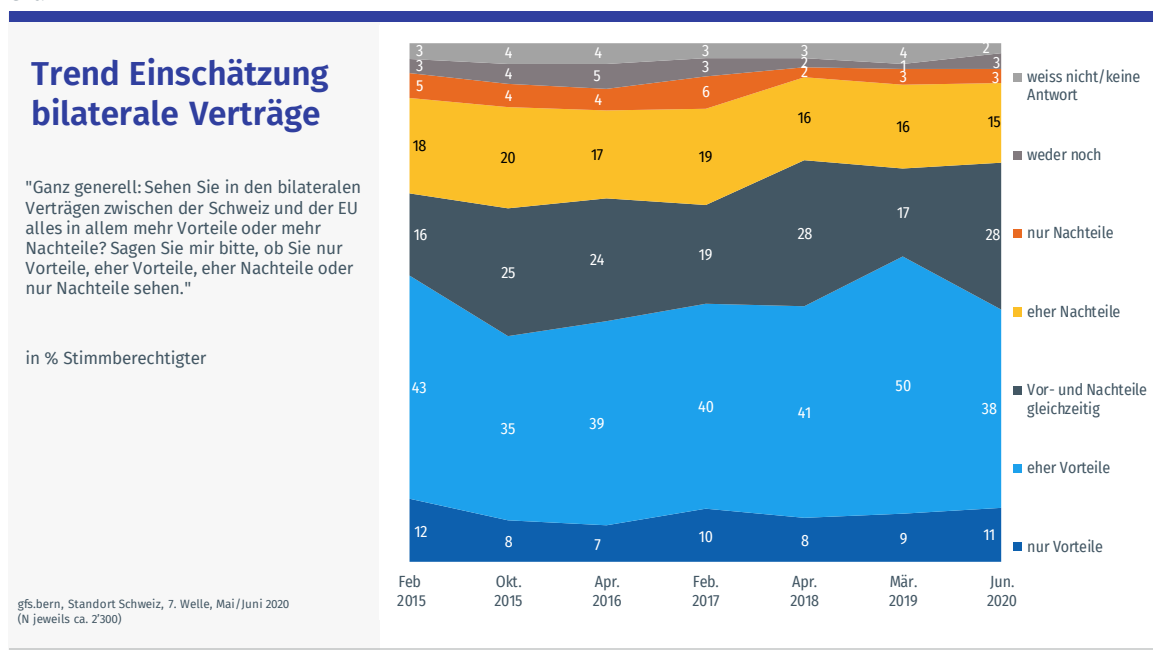


Die Coronakrise überdeckt aktuell die Europapolitik, was zu tieferer Mobilisierungskraft bei Meinungsbildung zu Europathemen führt. Das Handeln der EU während der Krise führt zu ambivalenteren Haltungen gegenüber den Bilateralen, erschüttert die Vorteilssicht im Grundsatz aber nicht. Nach wie vor beurteilt der grösste Teil der Stimmberechtigten die Bilateralen als vorteilhaft, der Anteil Stimmbevölkerung mit gleichzeitiger Vor- und Nachteilssicht hat jedoch zugenommen.

Die Coronakrise überdeckt aktuell die Aufmerksamkeit der Schweizer Stimmberechtigten, denn die momentan geäusserte Teilnahmeabsicht an einer Europaabstimmung fällt gegenüber den früher erhobenen Werten klar unterdurchschnittlich aus. Erfahrungsgemäss wird sich dieser Wert aber gerade bei Europavorlagen noch sichtbar gegen oben entwickeln.

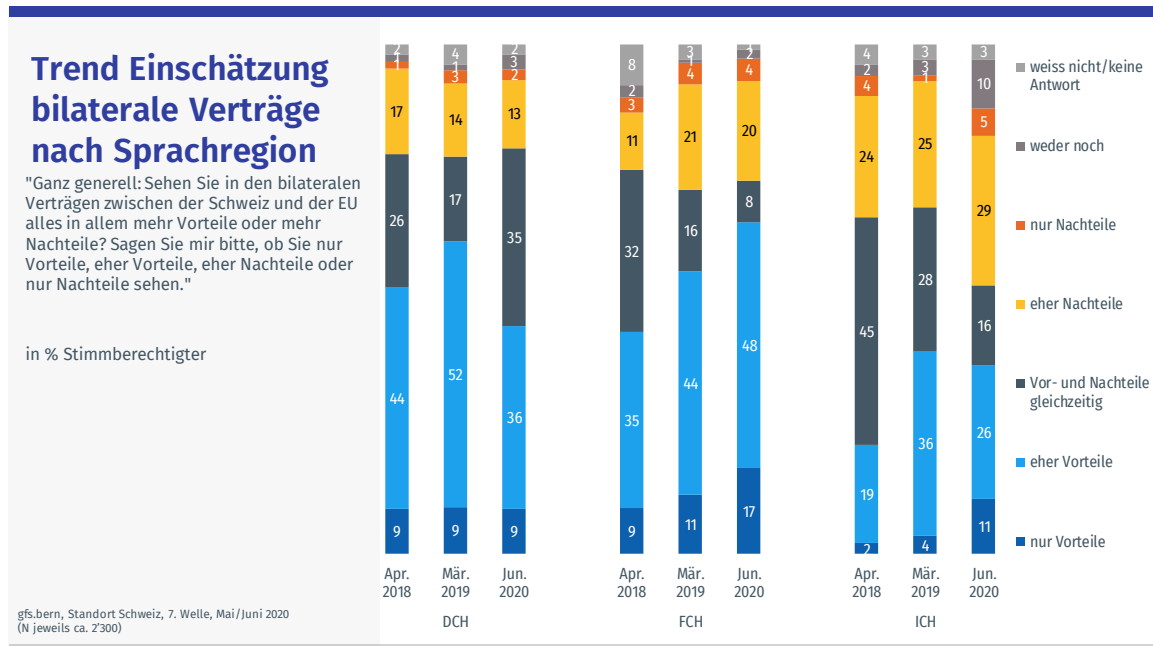
Das aktuelle Bild zu den bilateralen Verträgen ist von zunehmender Ambivalenz geprägt, denn der Anteil Stimmberechtigter mit gleichzeitiger Vor- und Nachteilssicht beträgt neu mehr als ein Viertel. Die Vorteilssicht wird hingegen leicht weniger stark betont, als wir dies noch vor einem Jahr beobachtet haben. Ursächlich ist die Coronakrise, denn die Stimmberechtigten der Schweiz beurteilen das Handeln der EU im Krisenmanagement nicht unkritisch: Wer der EU für ihr Verhalten während der Coronakrise ein schlechtes Zeugnis ausstellt, würde häufiger gegen das Rahmenabkommen und für die Kündigungsinitiative stimmen. Insgesamt überwiegt aber ungebrochen die Vorteilssicht die wahrgenommenen Nachteile der bilateralen Verträge deutlich, die Coronakrise führt sichtbar nicht zu einer kompletten Neuformatierung der Einstellung gegenüber den Bilateralen.

Grafik 1



Eine Zunahme der ambivalenten Beurteilung ("Vor- und Nachteile gleichzeitig") ist in erster Linie ein Phänomen in der Deutschschweiz:

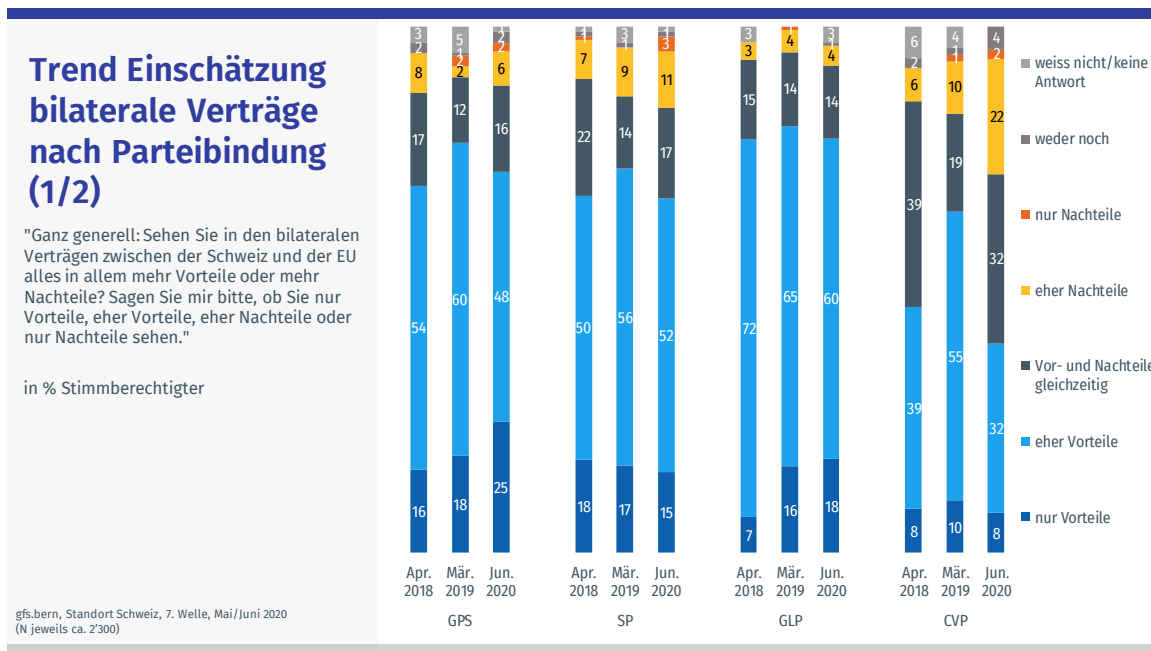
Grafik 2



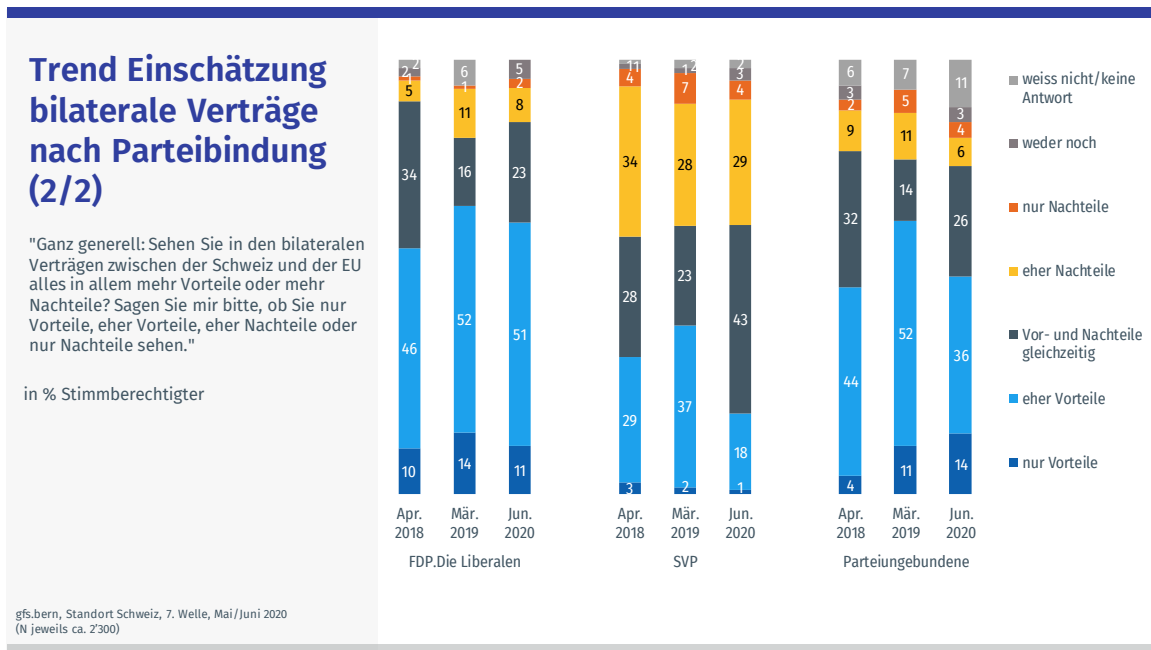
Neu beträgt der Anteil mit gemischten Gefühlen gegenüber den Verträgen in der Deutschschweiz mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten (35%). In der französischsprachigen Schweiz ist dagegen sogar ein Ausbau der Vorteilssicht zu beobachten. Anders sieht es hingegen in der italienischsprachigen Schweiz aus. Dort schlägt die coronabedingte kritische Beurteilung der EU am ehesten direkt auf eine verstärkt kritische Sicht auf die Bilateralen um.

Parteilpolitisch folgt die Beurteilung dem grundsätzlichen Muster der letzten Jahre. Am stärksten ist die Nachteilssicht bei den Anhänger*innen der SVP ausgeprägt, mit einer deutlichen Zunahme der gemischten Beurteilung.

Grafik 3



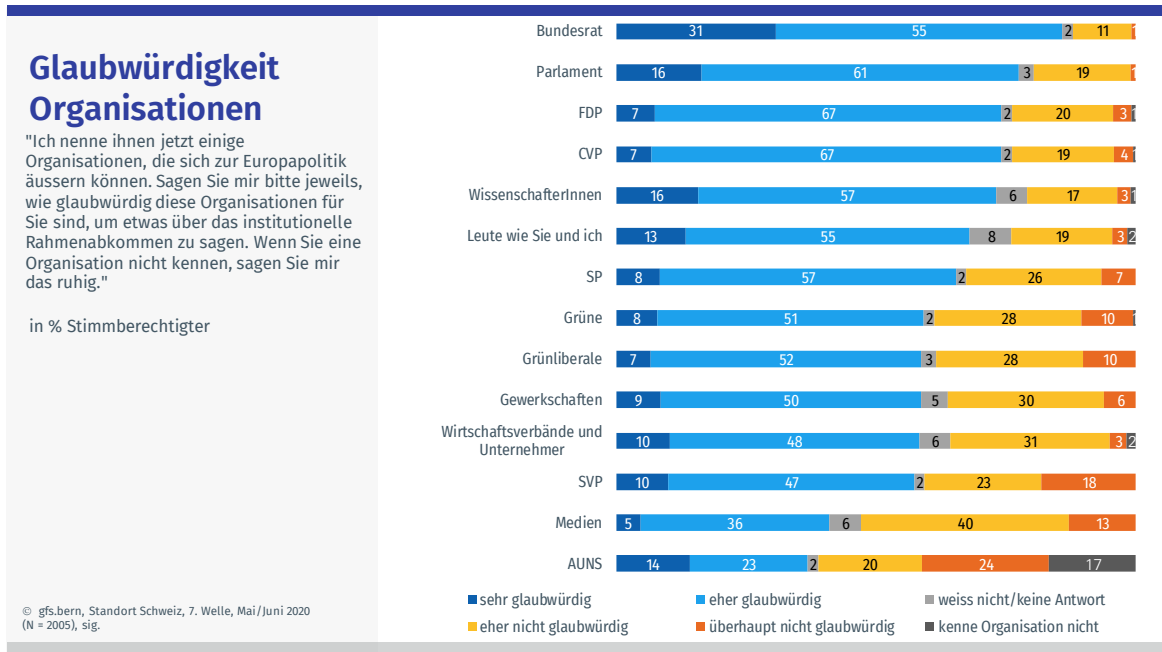
Grafik 4



Im Sommer 2020 sind auch die Sympathisant*innen der CVP skeptischer als noch vor einem Jahr. Dort umfasst die Vorteilssicht keine Mehrheit mehr und der Anteil mit ambivalenter Sicht ist von 19 Prozent auf fast ein Drittel angewachsen. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den Parteiungebundenen und in leichterem Ausprägungsgrad im Lager der FDP.Die Liberalen.

Neu wurde in der Studienreihe die Glaubwürdigkeit verschiedener Akteure in Sachen Europapolitik erhoben. Eine breite Palette an Akteuren geniesst dabei mehrheitliches Vertrauen bezüglich der Europapolitik:

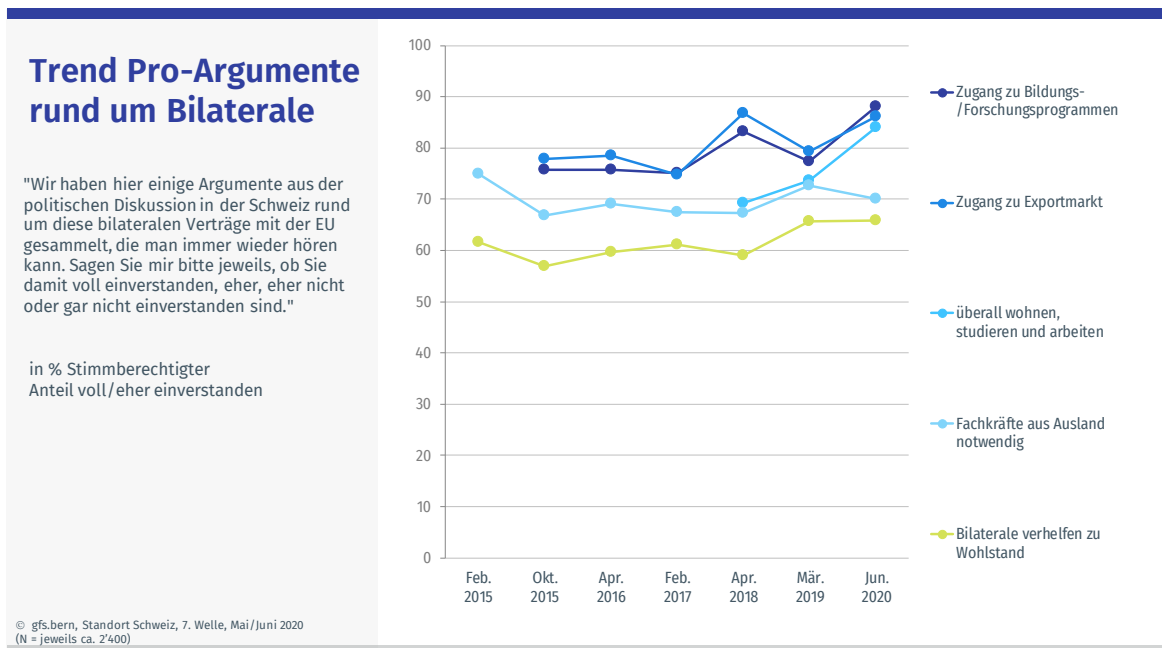
Grafik 5



Bundesrat und Parlament belegen die ersten beiden Plätze, gefolgt von Vertreter*innen der FDP, CVP und der Wissenschaft. Auch der Bevölkerung spricht man europapolitische Kompetenz zu, wie auch den anderen Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Kritischer steht man den Medien und der Auns gegenüber, denn diese werden deutlich weniger glaubwürdig eingeschätzt.

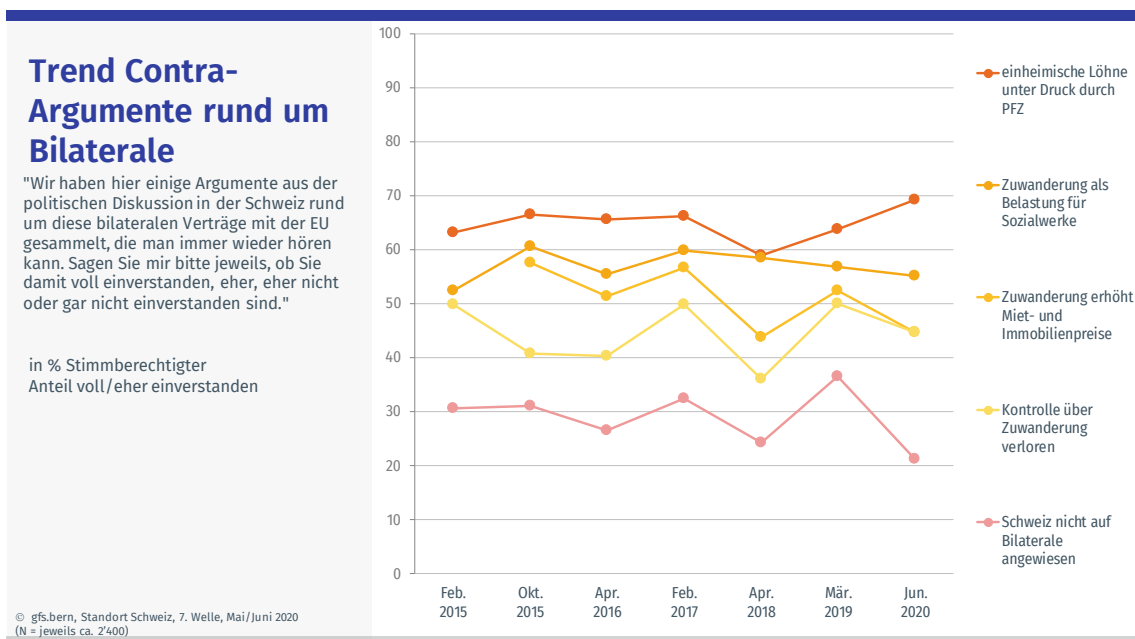
Auf der argumentativen Ebene haben der Anschluss der Schweiz an Forschungs- und Bildungsprogramme, der Exportzugang und die Mobilität an Wichtigkeit für die Stimmberechtigten gewonnen und erreichen Zustimmungswerte zwischen 80 und 90 Prozent. Das Fachkräftemangelargument und die Verbindung von Bilateralen und Wohlstand werden im Zeitverlauf stabil mehrheitlich beurteilt.

Grafik 6



Auf der Gegenseite bleiben die bekannten kritischen Punkte gegenüber den Bilateralen: Die Meinung, dass durch die Personenfreizügigkeit die einheimischen Löhne unter Druck geraten, erreicht fast 70 Prozent Zustimmung und damit seit Beginn der Messung einen Höchstwert. Überdurchschnittliche Zustimmung erhält die Aussage in der italienischsprachigen Schweiz (voll/eher einverstanden: 85%). Sinkende Unterstützung erhält die Aussage, dass die Zuwanderung eine Belastung für die Sozialwerke ist, das Argument bleibt aber mehrheitsfähig. Mögliche Auswirkungen auf Miet- und Immobilienpreise sowie die Wahrnehmung des Kontrollverlustes bei der Zuwanderung werden leicht tiefer als 2019 geteilt und erhalten keine absoluten Mehrheiten mehr. Nur noch etwa ein Fünftel der Stimmberechtigten ist der Meinung, dass die Schweiz nicht auf die bilateralen Verträge angewiesen ist. Im Vorjahr waren es noch mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten.

Grafik 7



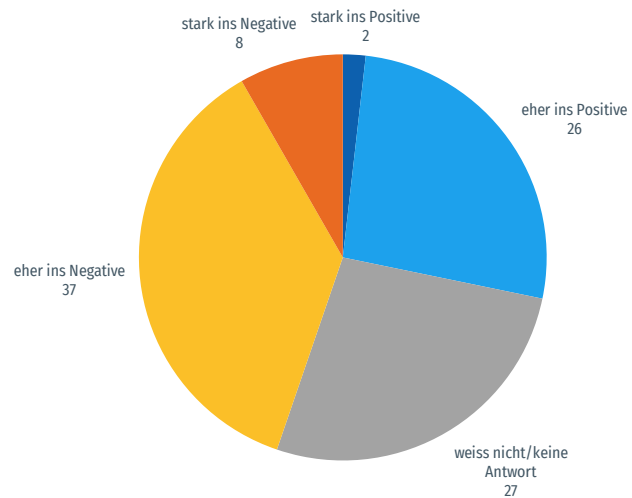
Die Coronakrise fügt der europapolitischen Meinungsbildung eine neue Dimension hinzu, denn sie hat einen negativen Einfluss auf die Stimmung gegenüber den bilateralen Verträgen. 45 Prozent der Stimmberechtigten geben an, dass sich Ihre Haltung gegenüber den vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ins nachteilige verändert hat. Etwas mehr als ein Viertel der Stimmbevölkerung äussert sich aufgrund der Krise verstärkt positiv gegenüber den bilateralen Beziehungen.

Grafik 8

Einfluss der Corona-Krise in der Einschätzung

"Hat sich Ihre Einschätzung zu den Vorteilen und Nachteilen der Bilateralen Verträge durch die Corona-Krise verändert? Hat sie sich stark ins Positive, eher ins Positive, eher ins Negative oder stark ins Negative verändert?"

in % Stimmberechtigter



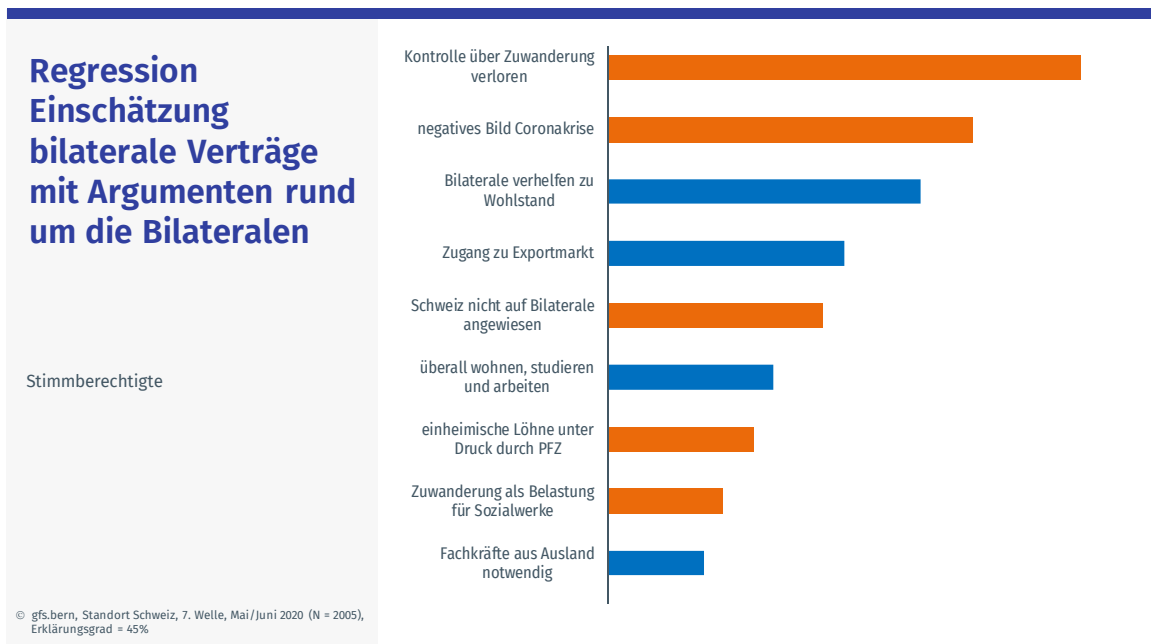
© gfs.bern, Standort Schweiz, 7. Welle, Mai/Juni 2020
(N = 2005)

In der italienischsprachigen Schweiz ist der Anteil mit kritischer Sicht sogar mehrheitlich ausgeprägt.

Dass das Krisenmanagement der EU bei den Schweizer Stimmberechtigten "einen Zacken aus der Krone" gebrochen hat, bestätigt auch das statistische Regressionsverfahren:

Ein negativer Meinungswandel aufgrund der Coronakrise hat den zweitstärksten Effekt auf eine ablehnende Haltung gegenüber den Bilateralen. Die Wahrnehmung eines Kontrollverlustes über die Zuwanderung fördert eine ablehnende Haltung am stärksten, ist aber aktuell kein mehrheitsfähiges Argument. Am Rande wirken die generelle Ablehnung der Bilateralen und das Lohndruck- und Sozialwerkeargument auf eine Nachteilssicht.

Grafik 9



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente für oder gegen die Bilateralen) auf eine abhängige Variable (Vor-/Nachteilsicht Bilaterale). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja- (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabsicht (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Die Aussagen, dass die Bilateralen zu Wohlstand verhelfen und den Zugang zum wichtigsten Schweizer Exportmarkt sichern, haben eine ausgesprochen starke Meinungswirkung Richtung Vorteilssicht.

2 Kein Aufschwung für die Kündigungsinitiative



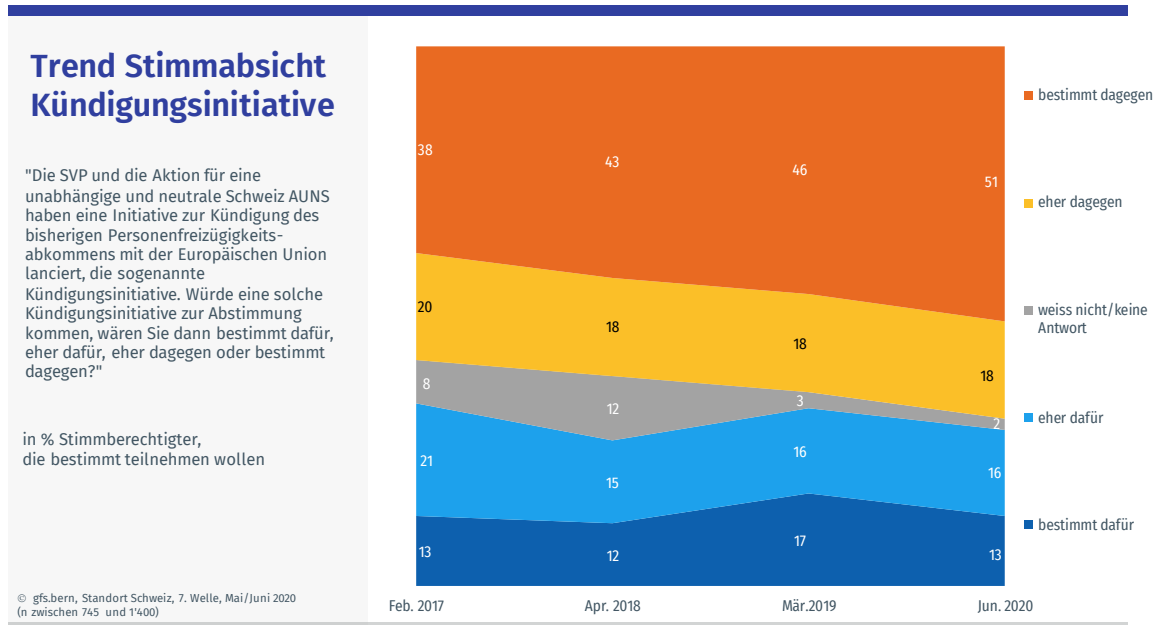
Die aktuell von der Corona-Pandemie geprägte öffentliche Diskussion hat bei der Kündigungsinitiative bisher wenig Dynamik ausgelöst und ihr insbesondere nicht zu einer breiteren Unterstützung im Stimmvolk verhelfen: Derzeit wollen 29 Prozent der Befragten der Vorlage zustimmen. Die Fronten sind immer noch klar: Die SVP-Anhängerschaft gegen den Rest. Nennenswert ist ein leichter Anstieg des JA-Lagers bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten der CVP.

Breite Zustimmung findet das Nein-Lager auch auf der argumentativen Ebene, insbesondere in Bezug auf Ängste bezüglich wirtschaftlicher Nachteile als Folge der Initiative. Auf der Pro-Seite stechen die Argumente "früher ging es auch mit den Kontingenten", "durch die Corona-Krise wird das wahre Gesicht der EU sichtbar" und "die Initiative ist ein wichtiges Zeichen gegen das institutionelle Rahmenabkommen" heraus, weil sie sowohl von einer Mehrheit des Stimmvolkes geteilt werden, als auch signifikant mit dem Abstimmungsentscheid zusammenhängen. Sie genügen auch in der Summe aber sichtbar nicht, um die Stimmberechtigten für eine Zustimmung zur Initiative zu begeistern.

Ungebrochen bleibt es dabei, dass die Initiant*innen auf einen eigentli-chen Neustart ihrer Kampagne und auf ein starkes Wendereignis in ihre Richtung angewiesen sind. Corona beeinflusst zwar die aktuelle Stimmabsicht, die Initiative steht dabei aber einer schon sehr weit fortgeschrittenen Meinungsbildung und dem Unwillen, den bilateralen Weg grundsätzlich zu gefährden, gegenüber. Da die Coronakrise zweifellos ein einschneidendes Ereignis in der modernen Geschichte der Schweiz darstellt, ist aber auch nicht ganz auszuschliessen, dass eine solche Entwicklung erst in den letzten Wochen vor der Abstimmung stattfinden. Ob dabei aber die Risikoaversion gegenüber Experimenten auf Kosten der Wirtschaft nicht sogar noch stärker wirken, ist nicht zuletzt davon abhängig, ob es eine zweite Corona-Welle gibt, resp. wie sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz im September präsentiert.

Die aktuelle Situation rund um die Corona-Pandemie hat der Begrenzungsinitiative bisher nicht zu einem Aufschwung verholfen:

Grafik 10



Im Frühling 2019 hatten noch 33 Prozent der Stimmbürger, welche am Urnengang zur Begrenzungsinitiative teilnehmen wollten, die Absicht für die Vorlage zu stimmen. Ein gutes Jahr später liegt dieser Wert bei marginal geschrumpften 29 Prozent. Das Nein-Lager konnte umgekehrt in etwa gleichem Masse zulegen (von 64% auf 69%). Es kommt hinzu, dass der Anteil an Personen, welcher "bestimmt" Nein stimmen will, die Marke der absoluten Mehrheit von 50 Prozent zum ersten Mal seit Beginn der Erhebung überschritten hat. Nur noch 2 Prozent derjenigen Personen, welche an der Abstimmung teilnehmen wollen, neigen derzeit noch keinem der beiden Lager zu.

Nachdem die Zustimmung zur Vorlage 2019 im Rahmen der Diskussionen zu den Beziehungen der Schweiz mit der EU angewachsen ist, ist sie vor dem Hintergrund der aktuell tiefen Intensität der öffentlichen Debatte zum Thema wieder fast auf das Niveau von 2018 zurückgefallen. Dies bei einem deutlich geringeren Anteil an Bürger*innen, welche sich nur "eher" oder gar nicht für eine der beiden Seiten entscheiden konnten. Dies

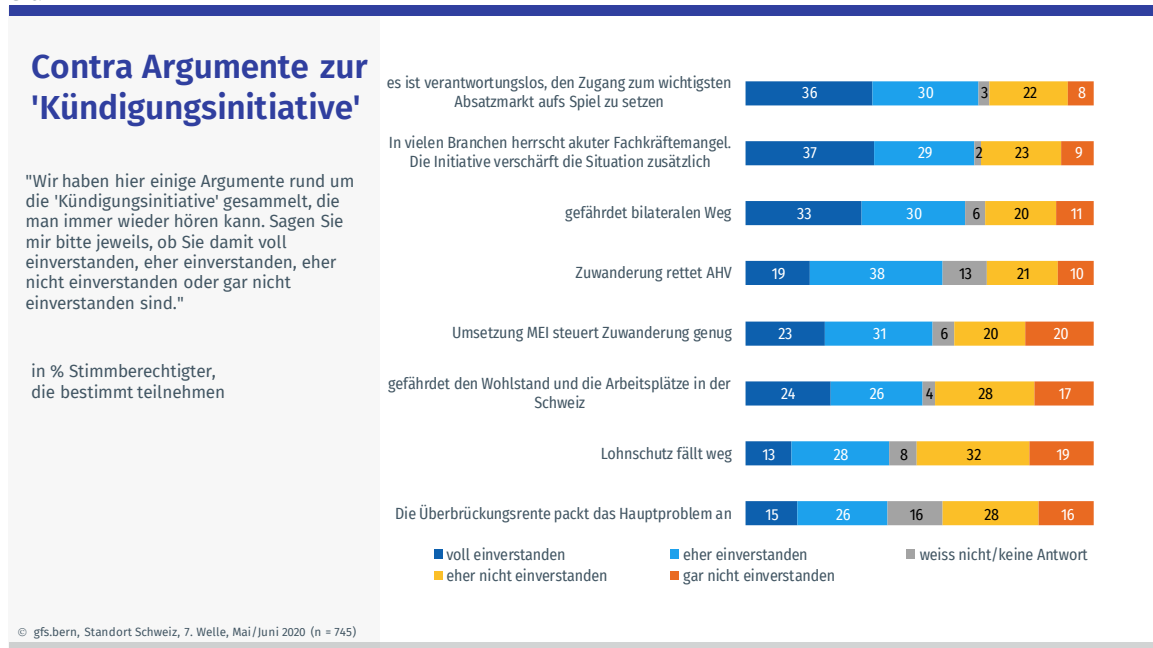
schränkt das Meinungsveränderungspotenzial für die Zukunft ein, was den Gegnern der Initiative hilft.

Unverändert klar ist die Polarisierung entlang des parteipolitischen Links-Rechts Spektrums: Die politische Linke (SP, Grüne, GLP) stellt sich fast geschlossen gegen die Initiative, mit Nein-Anteilen von jeweils rund 90 Prozent. Bei den Anhängerschaften von CVP und FDP sind die entsprechenden Werte nur leicht tiefer (75% respektive 81%) und bei der SVP-Anhängerschaft sammeln sich die Befürworter (82% Ja-Anteil). Teilt man das Stimmvolk in Regierungsvertrauende und Regierungsmisstrauische ein, ist der Anteil der Initiativ-Befürworter im ersten Lager weiterhin marginal, hat im zweiten Lager jedoch eine absolute Mehrheit von 55 Prozent.

Bei genauerer Betrachtung ist bei der politischen Mitte eine leichte Trendbewegung feststellbar: In der Anhängerschaft der CVP finden sich neu leicht verstärkte 21 Prozent, welche der Vorlage zustimmen wollen (+9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019). Es kommt hinzu, dass der Anteil CVP-Sympathisanten, welcher die Vorlage lediglich "eher" ablehnen will, klar gewachsen ist (neu 38%, im Vergleich zu 23% 2019), während der Anteil der dezidierten Gegner aber klar gesunken ist (von 65% 2019 auf 37% in der aktuellen Umfrage). Dies ist für die Vorlagen-Befürworter aber die einzige positive Entwicklung.

Die Stärke des Nein-Lagers lässt sich auch an der hohen Zustimmung zu ihren Argumenten messen:

Grafik 11



Bei den Contra-Argumenten zur Initiative steht die Angst vor wirtschaftlichen Schäden im Zentrum. Jeweils rund zwei Drittel der befragten Personen sind einverstanden mit der Problemsicht, dass es verantwortungslos sei, Zugang zum wichtigsten Absatzmarkt aufs Spiel zu setzen und dass die Initiative die Problematik des Arbeitskräftemangels zusätzlich verschärfen würde. Ähnlich breit gestützt wird das zentrale Argument der grundsätzlichen Gefährdung des bilateralen Weges. Etwas weniger Unterstützung erfahren die

Aussagen, die Zuwanderung rette die AHV, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative steuere die Zuwanderung bereits genug und die Initiative gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz. Alle diese Argumente werden von einer Mehrheit des Stimmvolkes geteilt. Minderheitliche 41 Prozent der Befragten finden jeweils, ohne das Personenfreizügigkeitsabkommen fielen auch wichtige Massnahmen zum Schutz der Löhne weg und die Überbrückungsrente packe das Hauptproblem bereits an, eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens sei deshalb so nicht nötig.

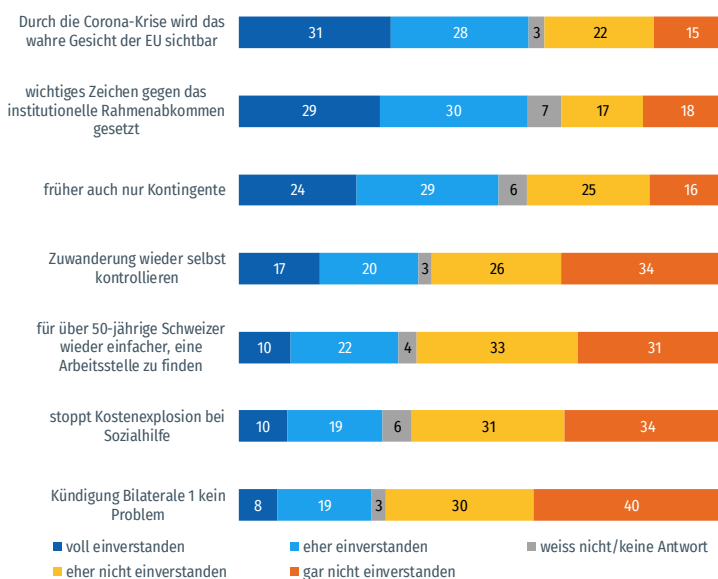
Weniger abgeschlagen als es die Stimmabsichten vermuten lassen würden, steht das Nein-Lager auf der argumentativen Ebene da. Mehrheiten gibt es für die Pro-Argumente "Durch die Corona-Krise wird das wahre Gesicht der EU sichtbar", "schliessendlich schaut dann trotz Verträge jeder nur für sich selber", "Mit dieser Initiative wird ein wichtiges Zeichen gegen das institutionelle Rahmenabkommen gesetzt" sowie "Früher gab es auch nur Kontingente für ausländische Fachkräfte in der Schweiz, das hat gut funktioniert". Die übrigen vier getesteten Pro-Argumente sind dagegen derzeit nicht mehrheitsfähig. Darunter fällt auch das Hauptargument der Initianten, dass durch die Initiative die Zuwanderung wieder von der Schweiz selber gesteuert und so eine 10-Millionen Schweiz verhindert werden kann.

Grafik 12

Pro Argumente zur Kündigungsinitiative

"Wir haben hier einige Argumente rund um die 'Kündigungsinitiative' gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen



© gfs.bern, Standort Schweiz, 7. Welle, Mai/Juni 2020 (n = 745)

Nicht alle der getesteten Pro- und Contra-Argumente sind gleich stark mit der Stimmabsicht der Bürger verknüpft: Den klarsten Zusammenhang gibt es zwischen der (positiven) Haltung gegenüber der Vorlage und den Pro-Argumenten, dass die Zuwanderung wieder selbst kontrolliert werden sollte, dass die Kündigung der Bilateralen 1 kein Problem sei und dass die Initiative die Kostenexplosion bei der Sozialhilfe stoppe. Da alle diese Argumente aber von einer Mehrheit des Stimmvolkes abgelehnt werden, nützt diese starke Verknüpfung mit der Stimmabsicht den Befürwortern der Initiative zu wenig, um mehrheitsfähig zu werden. Das gleiche gilt für das Pro-Argument, dass die Vorlage es über 50-jährigen Schweizern wieder einfacher mache, eine Arbeitsstelle zu fin-

den. Hingegen sind die beiden Pro-Argumente "früher ging es auch mit den Kontingenten" und "durch die Corona-Krise wird das wahre Gesicht der EU sichtbar" und "die Initiative ist ein wichtiges Zeichen gegen das institutionelle Rahmenabkommen" sowohl von der Mehrheit der Stimmbürger getragen, als auch wirksam auf die Abstimmungsabsicht.

Von den Contra-Argumenten hängen folgende positiv mit dem Stimmentscheid zusammen: Der Verweis auf den Fachkräftemangel der Schweiz, welcher durch die Vorlage zusätzlich verschärft würde, die Gefährdung des bilateralen Weges, das die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Zuwanderung schon genug steuere, dass es verantwortungslos sei, den Zugang zum EU-Markt aufs Spiel zu setzen und dass die Überbrückungsrente das Hauptproblem anpacke.

Kein signifikanter Zusammenhang mit der Stimmabsicht haben die Nein-Argumente wonach im Falle eine Annahme der Initiative der Lohnschutz wegfällt, sowie dass der Wohlstand und die Arbeitsplätze der Schweiz gefährdet seien und dass die Zuwanderung die AHV rette.

Grafik 13



Schlussendlich ebenfalls zum Nachteil der Initiative dient die Erkenntnis, dass aus statistischer Sicht nur gerade die AUNS und die SVP einen überzeugenden kommunikativen Draht hin zu den Gegner*innen zu entwickeln vermögen, während sowohl die Wirtschaft, die öffentliche Hand, die Politik ausserhalb der SVP, die Medienlandschaft in der Summe, wie auch die Gewerkschaften die Ablehnung zu stützen vermögen.

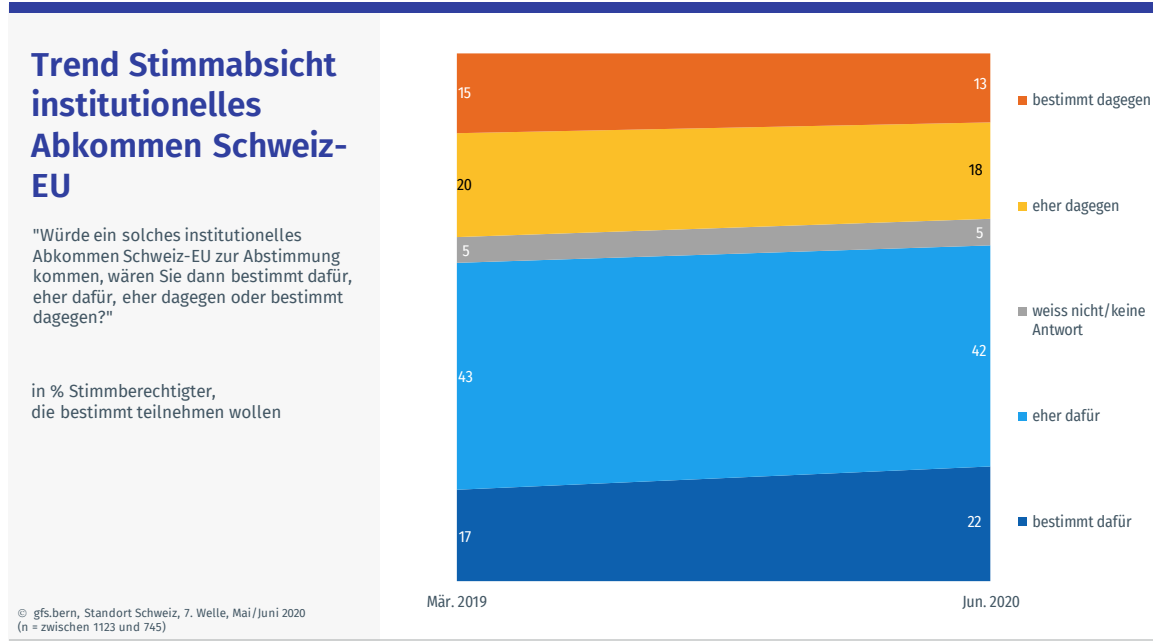
3 Das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und EU findet stabile Mehrheit



Das Rahmenabkommen hat weiterhin eine stabile Mehrheit. Die Sicherung des Exportzugangs und geregelte Beziehungen für die Schweizer Wirtschaft sind der Stimmbevölkerung ein wichtiges Bedürfnis. Die Wahrnehmung als Knechtschaftsvertrag besteht weiterhin als wichtigster Kritikpunkt mit negativer Meinungswirkung, es handelt sich aber nicht um eine Mehrheitsmeinung in der Stimmbevölkerung. Wer aufgrund der Coronakrise ein schlechteres Bild von den Bilateralen erhalten hat, würde das Abkommen heute aber häufiger ablehnen.

Das institutionelle Rahmenabkommen ist mit leicht gestiegener Zustimmung mehrheitsfähig und fast zwei Drittel der Stimmberechtigten mit Teilnahmeabsicht würden es an der Urne annehmen.

Grafik 14



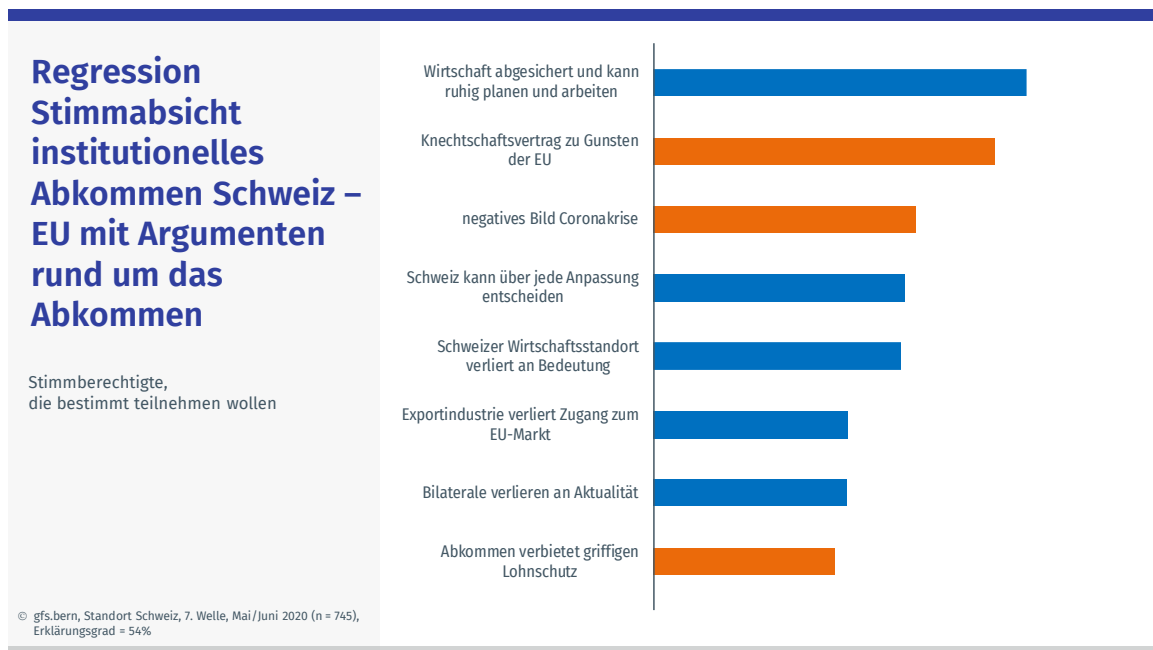
Eine ganze Reihe abgefragter Argumente für das Rahmenabkommen ist weiterhin mehrheitsfähig. Die Sicherung des Zugangs zum Exportmarkt ist aus Sicht der Stimmberechtigten die höchste Priorität. Diese Aussage hat im Zeitverlauf an Zustimmung gewonnen und wird neu von fast drei Viertel der Stimmberechtigten geteilt. An zweiter Stelle steht für die Stimmberechtigten die Planungssicherheit für die Wirtschaft. Mehrheitlich nehmen die Stimmberechtigten auch einen Aktualitätsverlust der Bilateralen wahr, auf ähnlichem Niveau auch einen Bedeutungsverlust des Schweizer Wirtschaftsstandorts (Zustimmung jeweils rund 60%). Deutlich an Zustimmung hat die Aussage gewonnen, dass es ohne Abkommen künftig auch keine neuen Verträge geben wird. Neu ist diese Haltung mehrheitsfähig. Keine mehrheitliche Zustimmung erhalten die Aussagen, dass die

Schweiz auch nach wie vor über jede Rechtsanpassung entscheiden könne und ein Verzicht die Schweiz der politischen Willkür ausliefern wird.

Auf der Contra-Seite hat wie 2019 nur das Lohnschutzargument einen mehrheitsfähigen Status mit fast 60 Prozent Zustimmung. Etwas an Sukkurs gewonnen hat die Aussage, dass auch mit Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und EU am Schluss sowieso der Europäische Gerichtshof entscheidet. Dass EU-Bürger durch das Abkommen schneller Recht auf Schweizer Sozialhilfe erhalten würden, der Bundesrat eine bessere Lösung verhandeln könnte oder der Vertrag eine Knechtschaft gegenüber der EU begründet, trifft auf weniger Unterstützung als 2019 mit Zustimmungswerten jeweils unter 40 Prozent der Stimmberechtigten.

Auch hier haben nicht alle ausgetesteten Argumente den gleichen Einfluss auf die Stimmabsichten für oder gegen das institutionelle Abkommen Schweiz-EU. Dass die Coronakrise die Meinungsbildung gegenüber den Bilateralen negativ beeinflussen zu vermochte, zeigt sich auch an dieser Stelle. Tatsächlich schlägt diese Haltung stark auf die Stimmabsicht zum Rahmenabkommen durch und ist der zweitstärkste Faktor für eine Nein-Stimme.

Grafik 15



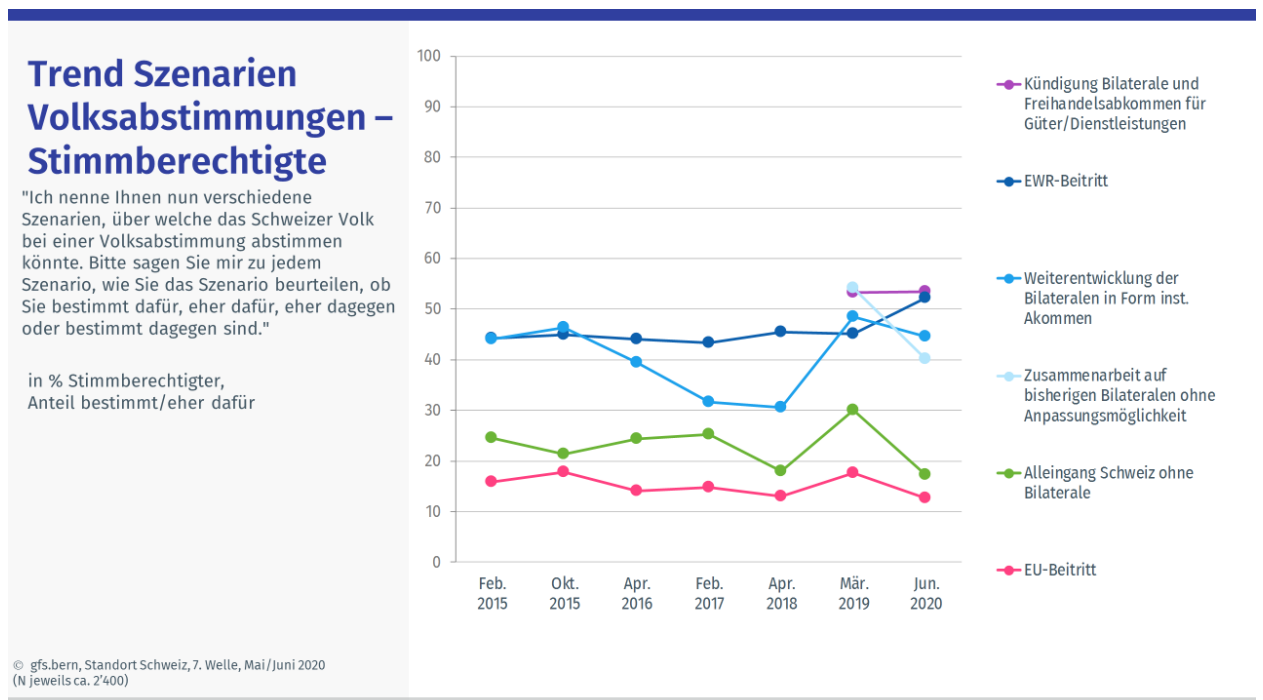
An erster Stelle ist für eine Ablehnung die Zustimmung zum Knechtschaftsvertrag für ein Nein verantwortlich. Wer damit einverstanden ist, lehnt die Vorlage häufiger ab. Dieses Argument ist aktuell aber nicht mehrheitsfähig. Am Rande spielt das Lohnschutzthema eine Rolle, hat aber nur einen schwachen negativen Effekt auf die Meinungsbildung.

Die Planungssicherheit ist als eines der meistgeteilten Pro-Argumente auch jenes mit der grössten Meinungsbildungskraft. Die vermutete Anpassungsfreiheit und der wahrgenommene Bedeutungsverlust des Wirtschaftsstandorts stehen an zweiter Stelle. Etwas schwächer wirken die Sicherung des Exportzugangs und die Meinung, dass die Bilateralen nicht mehr aktuell sind, auf ein Ja.

Insgesamt zeigt sich auf der Ebene der Wirkungsanalyse, dass schlussendliche Stimmabsichten sehr stark davon abhängen werden, in welchem Frame der institutionelle Vertrag zwischen der Schweiz und der EU betrachtet wird. Stehen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, sind Mehrheiten möglich, verschiebt sich die Diskussion stärker Richtung Zwang aus der EU, kann die Ablehnung anwachsen. Auch 2020 überwiegt die positive wirtschaftliche Sicht. Die Reputation der EU hat jedoch durch die Coronakrise einen Schaden genommen.

Wenn man aus einem bunten Strauss an Alternativen auswählen könnte, würden sich die Stimmberechtigten am ehesten für ein Freihandelsabkommen oder den EWR-Beitritt entscheiden. Sowohl das Rahmenabkommen als auch die nicht weiterentwickelbaren bisherigen Bilateralen werden demgegenüber leicht weniger gewünscht. Ein Alleingang der Schweiz oder ein EU-Beitritt sind nach wie vor klare Minderheitsmeinungen.

Grafik 16



Im Direktvergleich mit anderen Szenarien lässt sich die aktuelle Zustimmung zum institutionellen Rahmenabkommen präzisieren – Das Rahmenabkommen ist ganz sicher kein Wunschabkommen. Präsentiert es sich aber bei einem Urnengang als einzig mögliche Option, ist es aktuell durchaus mehrheitsfähig. Augenscheinlich ist das Rahmenabkommen ein Vertrag, dem man aktuell zustimmt, weil man sich geregelte Beziehungen auf europäischer Ebene wünscht.

4 Methodischer Kurzbericht

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer siebten Studie in der Projektreihe "Zukunft Bilaterale". Hauptziel dieser Reihe ist, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten.

Das vorliegende "Wichtigste in Kürze" soll interessierten Lesern einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Es umfasst alle relevanten Erkenntnisse aus der Erhebung zu der Beziehung zwischen der Schweiz und Europa.

Die Ergebnisse der siebten Befragung in der Projektreihe "Standort Schweiz - Europafragen" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 2'005 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 29. April und dem 6. Juni 2020 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dualframe-Verfahrens via Festnetz und Handy.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 2'005	±2.2 Prozentpunkte	±1.8 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen und nach Alter/Geschlecht gewichtet, eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der der ZHAW Winterthur, sowie am VMI Universität Fribourg



✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler



✉ alexander.frind@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden

EDWARD WEBER

Projektleiter, Politikwissenschaftler, Dr. Des.



✉ edward.weber@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Politische Einstellungen, Populismus, Abstimmungsforschung, Methoden der empirischen Sozialforschung, Ad hoc-Studien



JOSÉ KRESS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Soziologe

✉ jose.kress@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.